

Zeitschrift: Gallus-Stadt : Jahrbuch der Stadt St. Gallen

Band: 54 (1996)

Artikel: Mut zur Selbstbehauptung : "Bund junger Juden zur Abwehr des Antisemitismus" 1933

Autor: Schmelzer, Hermann I.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-948465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

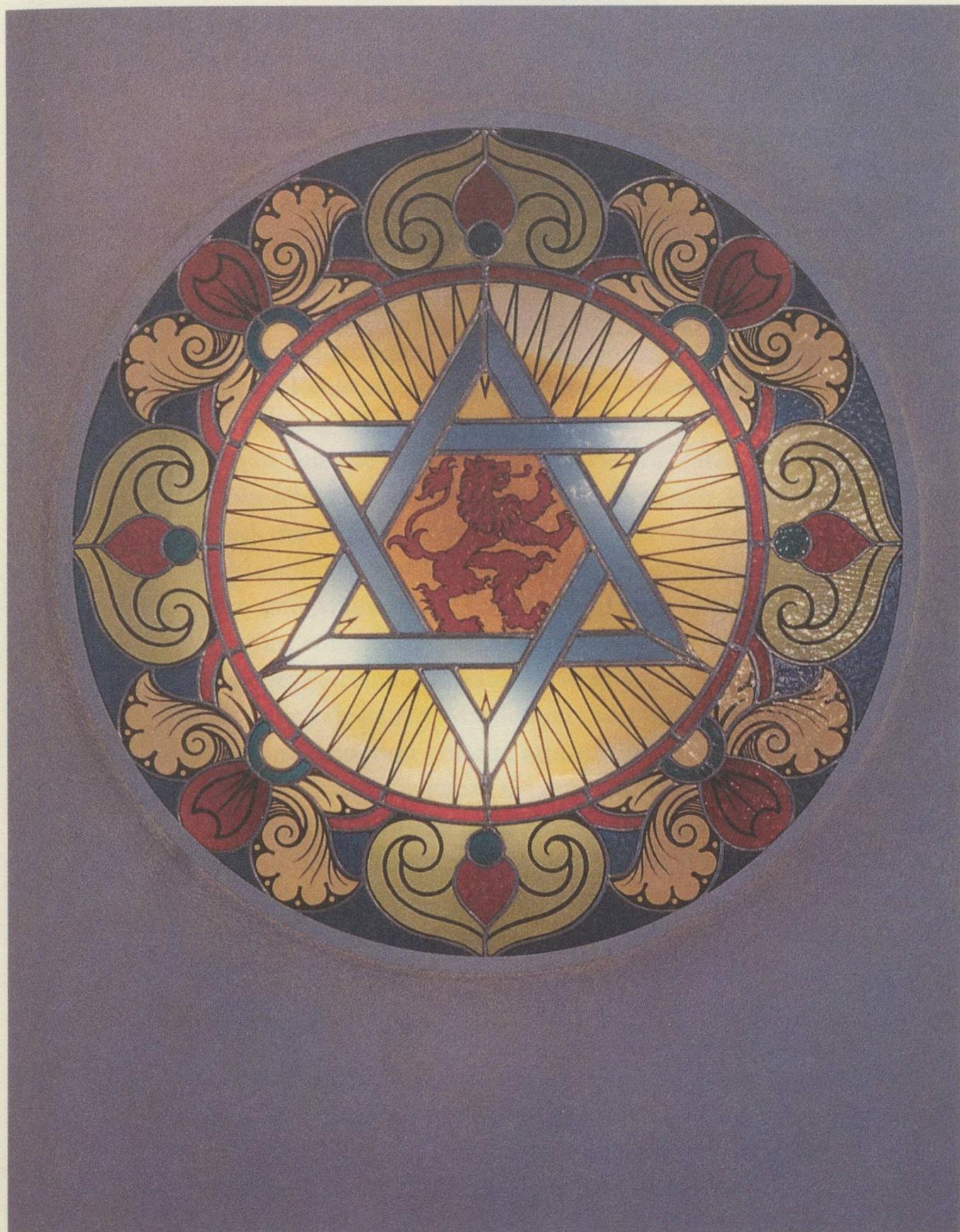
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mut zur Selbstbehauptung

«Bund junger Juden zur Abwehr des Antisemitismus» 1933



«Davidstern», Glasfenster der ehemaligen Synagoge an der Kapellenstrasse, St.Gallen.
(Bild: Ursula Häne)



Autor

HERMANN I. SCHMELZER, seit 1968 Rabbiner der Jüdischen Gemeinde St.Gallen (Stadt und Kanton). Studium der allgemeinen Religionswissenschaft sowie semitischer Sprachen und Kulturen an den Universitäten Uppsala und Lund, Schweden. 1963 bis 1968 Gemeinderabbiner in Malmö. Mehrere wissenschaftliche Arbeiten; Mitarbeit an der «Encyclopaedia Judaica». Seit 1974 Dozent für Judaistik an der HSG.

Im 19. Jahrhundert beseitigte die Emanzipation der Juden die rechtlichen und sozialen Schranken, die ihnen von den herrschenden Machtstrukturen, von Kirche und Staat, auferlegt waren. Die allmähliche Aufhebung der gesetzlichen Einschränkungen ermöglichte die Aufstiegschancen der Juden, vor allem im Wirtschafts- und Geistesleben, und bahnte den Weg zu ihrer Integration in die jeweilige Gesellschaft. Juden betraten die Bühne der bürgerlichen Welt, in Schulen und Universitäten, als Kaufleute, Ärzte und Bankiers, als Journalisten, Rechtsanwälte und als Wehrpflichtige.

Die bürgerliche Emanzipation räumte jedoch die alten Vorurteile nicht aus. Die von rechtlichen Beschränkungen befreiten und auch im öffentlichen Leben in Konkurrenz tretenden Juden lösten heftige Reaktionen aus. Die zählebige Tradition der Gefühle der Abneigung und des Neids wurde verstärkt.

Seit den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts nahm in mehreren mitteleuropäischen Ländern, vor allem in Deutschland, der Nationalismus einen aggressiven, fremdenfeindlichen und antiliberalen Charakter an: Er war intolerant gegen Pluralismus und Minoritäten. Die Emanzipation stand deshalb von Anfang an «unter einem dunklen Stern», weil sie mit der Entwicklung des Nationalstaates zusammenfiel, der für die jüdische, aber auch für jede andere Minderheit nicht besonders förderlich war. Die Emanzipation befreite außerdem nur den einzelnen, nicht aber die Juden als ganze Gruppe. Sie wurde vielfach mit einer Assimilation gleichgestellt. Das «Streben nach einer Selbstaufgabe» – d.h. Aufhebung der religiösen und kulturellen Eigenheiten, unter der Generationen von Juden gelitten hatten –, fand unter zahlreichen assimilationsbereiten Juden nur zu willige Ohren und beredte Kinder.

Der Antisemitismus

Der Begriff des Antisemitismus wurde gegen Ende der 70er Jahre des vorangegangenen Jahrhunderts in Deutschland geprägt und eingeführt, um die ablehnende Haltung eines Teils der Gesellschaft zu beschreiben. Es entstand eine Bewegung, die ihre Gegnerschaft zu Juden offen erklärte. Die Anhänger der anti-

semitischen Bewegung hatten unterschiedliche geistige und politische Hintergründe, christliche, nationale und auch rassistische. Der Ausdruck «antisemitisch» (und nicht «antijüdisch») sollte ausdrücken, dass es nicht um die Religion, die die Gegnerschaft vordergründig hervorgerufen hatte, sondern um bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen der Juden ging. Die Vorwürfe lauteten: Sie sind gewinn- und machtsüchtig, sie beabsichtigen ihre Umgebung und sogar die Welt wirtschaftlich, geistig, moralisch und rassenhygienisch zu beherrschen und zu korrumpern. Damit wurden die bisherigen zweifellos vorhandenen latenten antijüdischen Gefühle zu einem geschlossenen Ganzen konzipiert und durch ein neues antisemitisches Dogma und durch Agitation ergänzt und umgeformt.

In den meisten europäischen Ländern, auch in der Schweiz, gab es Bewegungen, die diese oder ähnliche antisemitischen Vorurteile und Parolen pflegten und verbreiteten mit dem Ziel der «Bekämpfung der Juden und des jüdischen Einflusses». Der Antisemitismus als organisierte, konzentrierte Aktion mit dem Ziel, antijüdische Denkweise und Stimmungen in politische Handlungen umzumünzen – d.h. Antisemitismus als Plattform für politische Organisationen und Einführung des Rassismus als ideologische Komponente –, erlangte vor allem in Deutschland und Österreich grosse Bedeutung, die in folgerichtiger Entwicklung bis zur «Endlösung» geführt hat.

Das negative Bild, das dem Wort «Jude» anhaftete, hatte in breite Gesellschaftsschichten Einlass gefunden. Es konnte an eine jeweilige Krisensituation wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Art angepasst, aktualisiert und instrumentalisiert werden. Mit Adolf Hitlers «Machtergreifung» am 30. Januar 1933 wurde der Antisemitismus ein politisch mächtiges Instrument, das die verfassungsmässigen Rechte der Gleichheit vor dem Gesetz bedrohte. Für Hitler war die Rassenideologie die zentrale Idee seiner Weltanschauung. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden Hitlers Gedanken konsequent gegenüber dem «Volksfeind», vor allem gegenüber Juden, verwirklicht. Gewalttaten gegen jüdische Bürger und ihr Eigentum am 1. April 1933 leiteten die Beschränkungen der Lebensmöglichkeiten der

deutschen Juden ein. Hitlers Machtergreifung und die politische und ideologische Konsolidierung der NS-Herrschaft machten an den Grenzen Deutschlands nicht halt: Auch in der Schweiz folgten verschiedene Sympathiekundgebungen für das «neue Deutschland» und seine politische Ideologie. Als Folge dessen wurden judenfeindliche Tendenzen auch in der Schweiz gegenwärtiger, spürbarer und virulenter. Besorgt und beunruhigt über die Ereignisse im «Deutschen Reich» zeigten sich die Juden in und ausserhalb Deutschlands, so auch in der Schweiz.

Der «Bund junger Juden»

Diesen Hintergrund betrachtend, wollen wir im folgenden ein st.gallisches Zeitdokument vorstellen. Als Quelle unserer Darstellung dienen Teile des Protokollbuches des «Bundes junger Juden zur Abwehr des Antisemitismus».

Im Juni 1933, einige Monate nach der Machtergreifung Hitlers, setzt sich bei einigen wenigen in St.Gallen wohnhaften jüdischen Menschen die Erkenntnis durch, dass ein Zusammenschluss zur Begegnung und Bekämpfung des Antisemitismus eine Notwendigkeit sei. Der manifeste Antisemitismus bildet in der jüdischen Gesellschaft ein die religiösen und sozialen Grenzen übergreifendes Selbstbewusstsein und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Sowohl traditionell wie liberal eingestellte Juden, sogenannte Ost- und West-Juden, Zionisten und Nicht-Zionisten, finden sich zusammen, um am 13. Mai 1933 eine erste konstituierende Versammlung des «Bundes junger Juden» abzuhalten. Diese Versammlung wird von Ernst Dreyfuss eröffnet, und auf Veranlassung von Sidney Dreifuss (Vater von Bundesrätin Ruth Dreifuss) wird die Tagungsordnung bestimmt und ein Vorstand gewählt. Bereits am darauffolgenden Tag, am 14. Mai, wird gemeinsam mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund eine grössere Versammlung abgehalten. Nach den Begrüssungsworten des damaligen Präsidenten der Israelitischen Gemeinde St.Gallen, Willi Burgauer, hält Saly Mayer als Sprecher des Gemeindebundes eine Programmrede, in welcher er folgende Richtlinien zur Arbeit des Bundes aufstellt:



Erste Zeichen der Schrecken: Nazi-Boykott gegen jüdisches Warenhaus in Berlin 1933.

- Erhaltung der uns verfassungsmässig gewährten Gleichberechtigung.
- Abwehr des Antisemitismus.

Diese Programmpunkte erhalten die Zustimmung der Anwesenden. Saly Mayer schlägt weiter vor, zur Abwehr antisemitischer Strömungen eine breit angelegte Aufklärungsarbeit in der schweizerischen Öffentlichkeit in die Wege zu leiten. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, mit Persönlichkeiten in verantwortlichen Stellungen des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens Verbindung aufzunehmen. Saly Mayers Anliegen wird wie folgt im Protokoll festgehalten: «Fühlungnahme mit Erziehungs-, Fachbehörden und politischen Parteien. Errichtung eines Pressedienstes (allgemeine Presse und schweizerisch-jüdische Presse). Kontroll- und Rapportdienst öffentlicher Versammlungen, speziell antisemitischer Richtungen. Zusammenschluss der Juden ohne jeden Unterschied. Ferner soll ein Kampfblatt herausgegeben und ein Archiv für die Dokumentation gegründet werden.»

All dies zeigt eine selbstbewusste Haltung, das Wissen um die ernste Lage und den Willen zur Abwehr mit einem konkreten Handlungsprogramm, in welchem die Einbindung der schweizerischen Öffentlichkeit und die innere Stärkung durch Geschlossenheit in den Mittelpunkt gerückt werden. Der aufklärerische Aspekt in dieser politischen Abwehrtätigkeit gründet in der Annahme, dass durch Information und Wissen der Mensch befähigt wird, der negativen ideologischen Bevormundung kritisch zu begegnen.

Die Mitglieder

Bevor wir die Arbeit des Bundes weiterverfolgen, werfen wir einen Blick auf die Mitgliederliste. Sie enthält 35 Namen. (Drei Personen sind heute noch am Leben.)

Die jungen Menschen gehörten bekannten st.gallisch-jüdischen Familien an. Mitglieder waren u.a. Ben Ami, Kurt Burgauer, Ernst Dreyfuss, Sidney Dreifuss, Eduard Glass, Elias Sternbuch, Harry Wohlgenannt (alle Vorstandsmitglieder); Henri Bicard, Hugo Brandenburger, Edgar Flaks, Alex Fride, Max

Vorstandssitzung vom 14. Mai 1933, in der Gemeinde-
stube im Anschluss an die Konstituierende
Versammlung.

Anwesend: Der Gesamtvorstand mit Ausnahme von Herrn
Sobaczewsky.

Es wird beschlossen: Den Rubinstein wird ersucht, zu Handen
des Vorstandes ein Programm auszuarbeiten
und dieses Programm dem Vorstand in seiner
nächsten Sitzung vorzulegen.

Die Ressortverteilung unter die Vorstandsmit-
glieder wird an der nächsten Vorstandssitzung behandelt
werden.

Die nächste Vorstandssitzung wird auf Samstag,
den 20. Mai 1933, abend 8⁴⁵ Uhr, im Hause
Tiefenbach 20 angesetzt.

Schluss der Sitzung 9³⁰ Uhr.

Sidney Dreifuss

Fride, Bernhard Hornung, Max Richter, Sally Rosenbaum, Julius Selig, Ludwig Selig, Max Sochaczewsky, Leo Weissbord, Erwin Wolffers, Ernst Guggenheim.

Die berufliche, soziale und bildungsmässige Zusammensetzung des Bundes spiegelt weitgehend den durch mittelständische Unternehmer und Angestellte verschiedenster Art im Textilbereich geprägten st.gallischen bürgerlichen Charakter wider. Sie waren im kaufmännischen Bereich tätig, in der Stickerei und Bekleidungsindustrie als Angestellte, Vertreter oder selbständige Kaufleute.

«Streng vertrauliches» Programm

Die Mitglieder des Bundes entfalten eine emsige Aktivität. Die Sitzungen folgen dicht aufeinander. Es wird ein Programm erarbeitet, das als «streng vertraulich» bezeichnet wird. In bezug auf Ursachen, Entstehung und Erklärung des Antisemitismus enthält es folgende Eintragung: «Die beispiellose Wirtschaftskrise, die schon seit einigen Jahren die Völker der Erde bis nahe an den Rand der Verzweiflung treibt, hat, speziell in den Ländern deutscher Zunge, zu einem bedrohlichen Anwachsen des Antisemitismus geführt.» Die Ereignisse in Deutschland «zeigen uns mit nicht misszuverstehender Deutlichkeit, dass wir aus unserer bisherigen Reserve hervortreten und zum Angriff übergehen müssen. Es gilt, dem Eindringen des Antisemitismus in die Schweiz energischen Widerstand entgegenzusetzen.»

Das Phänomen des Antisemitismus wird im Programm ausführlich, vor allem unter psychologischen und sozialen Aspekten, analysiert, und es wird vorgeschlagen, ihn durch Aufklärung zu entlarven und zu bekämpfen. Deshalb muss die Bevölkerung «im weitesten Sinne über das Wesen des Judentums, über seine Bestrebungen, über seine Religion, Geschichte und den Zionismus» informiert werden. Dies soll durch Presse, Radio, durch Vorträge und Broschüren «wie durch Aufklärung von Mensch zu Mensch» unterstützt und gefördert werden. Das Wort «Aufklärung durch Wissensverbreitung» fällt nicht umsonst so häufig, weil sie beabsichtigen, «die Köpfe zu gewinnen, bevor sie den Gegnern verfallen sind».

Die weitere Ausrichtung ihrer Abwehrtätigkeit zielt darauf, die Behörden zu bewegen, «gegen Plakate, Schriften und öffentliche Reden mit antisemitischer Propaganda» vorzugehen, d.h. «diese zu verbieten». Da sie den «konfessionellen Frieden gefährdet», sollen die Behörden «gegen die Nazi-Presse Sanktionen ergreifen, d.h. sie ebenso verbieten, wie Schweizer Zeitungen in Deutschland verboten sind». In diesen Zielsetzungen artikuliert sich der Abwehrwille und eine selbstbewusste Haltung entschiedener als bisher gegenüber einem an Juden und an dem Judentum sich vergreifenden und darin seine eigene Gesetzlosigkeit offenbarenden Antisemitismus.

Boykott deutscher Waren?

Das «Programm» wünscht Änderungen bezüglich einseitiger Berufsergreifung der Juden, woraus sich ihre angebliche überproportionale Rolle und Bedeutung im Wirtschaftsleben erklärt. Und deshalb sollen Vorkehrungen getroffen werden, «um unserer Jugend das Ergreifen eines handwerklichen Berufes wünschenswert und möglich zu machen». Weiter wird für die Attraktivierung und Aufwertung der handwerklichen Berufe unter der jüdischen Jugend das Wort gesprochen. Sie erheben ihre Stimme, die eine Hinwendung der Jugend zu Ackerbau und Handwerk fordert.

Es mangelt nicht an Beschlüssen und Plänen, jedoch zeigen sich laut Protokollen bald die ersten Anzeichen der Uneinigkeit. Das Gegeneinander von Ideen und Vorstellungen gefährdet die Handlungsfähigkeit des Bundes. Aber Widerstand, Abwehr und Aufklärung bleiben als zentrales Thema der weiteren Sitzungen und Diskussionen, und sie erscheinen stets in verschiedenen Zusammenhängen. Es ist geplant, eine Pressestelle zu errichten, wo «judenfeindliche Zeitungsnotizen gesammelt und verwertet werden sollen». Vorgeschlagen wird sogar eine «Kartothek», worin die «Personalakten von jeder uns feindlich hervortretenden Person enthüllt» werden. Immer wieder werden in den Protokollen antisemitische Vorfälle, Belästigungen und Bedrohungen in St. Gallen festgehalten.

Auf Anregung von Harry Wohlgenannt und Sidney Dreifuss

wird die Wünschbarkeit eines Boykotts deutscher Waren besprochen. Gleichzeitig wird diskutiert, «ob eine Aufforderung zum Boykott durch die Presse wünschbar sei oder nicht». Sidney Dreifuss meint, es wäre wichtig, auch die Argumente, mit denen die Antisemiten operieren, zu besprechen. Wiederholt wird die grosse Bedeutung der Aufklärungsarbeit, sowohl nach innen wie nach aussen, betont. Als Themen werden jüdische Geschichte, Talmud, Ursachen und Wirkung des Antisemitismus in den verschiedenen Ländern unter Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse sowie die Struktur des jüdischen Volkes vorgeschlagen. Diese Vortragstätigkeit soll von jüdischen und nichtjüdischen Referenten ausgeführt werden.

Am 11. Juni 1933 wird in einem Kurzreferat über antisematische Argumentation bemerkt: Die grösstenteils aus Hitlers «Mein Kampf» entnommenen Argumente sind derart übertrieben und gefälscht, «dass es sogar schwer fällt, sie zu entkräften, denn mit logischen Argumenten ist nichts auszurichten». Der Bund will nicht nur gegen den offenen Antisemitismus in der schweizerischen Gesellschaft antreten, sondern auch nach innen wirken für eine Neubesinnung jüdisch-religiöser und kultureller Art.

Selbstbewusst in schwieriger Zeit

Die Handlungsfähigkeit des st.gallischen Bundes konnte nicht unter Beweis gestellt werden, da seine erwähnten Aufgaben und Ziele bald vom Schweizerisch-Israelitischen Gemeindebund übernommen worden sind. Bemerkenswert bleibt jedoch, dass von St.Gallen aus die wichtigen Ideen und Impulse ausgegangen sind, die zur Bekämpfung des Antisemitismus für die schweizerische Judenheit, insbesondere in den Jahren 1933 bis 1945, eine permanente Aufgabe und Herausforderung geworden sind. Aus den Protokollen des Bundes präsentiert sich ein Bild selbstbewusster Haltung, gepaart mit Gespür für das politisch Wichtige. Die jungen jüdischen Menschen in St.Gallen waren bereit, gegen die judenfeindlichen Strömungen und antisemitischen Prinzipien nicht nur eine Abwehrstellung zu beziehen, sondern dagegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen.

Literatur:

JACOB KATZ, «Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700 bis 1933», Beck, München.

JACQUES PICARD, «Die Schweiz und die Juden 1933 bis 1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik», Chronos Verlag, Zürich.

R. WALZ, «Der vormoderne Antisemitismus: Religiöser Fanatismus oder Rassenwahn?» in: Historische Zeitschriften, Band 260, Heft 3, 1995.